



Das Leben ist auch im Südwesten teurer geworden. Die Baden-Württemberger sehen sich durch die höheren Kosten insbesondere für Benzin, Energie und Lebensmittel belastet.

Foto: blend11.photo/stock.adobe.com

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen  
Thema: Lebenshaltungskosten und die Erwartungen an die neue Bundesregierung

# Bürger über hohe Preise besorgt

**STUTTGART.**

VON ULRIKE TRAMPUS

Wer geglaubt hat, dass die Baden-Württemberger unter dem Eindruck der aktuellen Debatte um die Erderwärmung bereit wären, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen, der liegt falsch. 53 Prozent lehnen dies ab. Genauso viele Befragte gehen außerdem davon aus, dass die Klimaschutzmaßnahmen, die in der nahen Zukunft von der Politik beschlossen werden könnten, für sie eine große finanzielle Belastung mit sich bringen werden.

Dies ergab eine gemeinsame Meinungsumfrage der Tageszeitungen im Land, die das Institut für Demoskopie Allensbach Ende Oktober bis Anfang November durchführte. Dass nur 26 Prozent

bereit sind, für den Klimaschutz höhere Preise zu zahlen, könnte auch an der allgemeinen Preisentwicklung liegen: 65 Prozent der Baden-Württemberger sehen sich stark (46 Prozent) beziehungsweise sehr stark (19 Prozent) dadurch belastet, dass vieles im Alltag teurer geworden ist. Dabei schlagen besonders die vergleichsweise hohen Benzinpreise, die steigenden Heiz- und Stromkosten durch. Bürger mit einem Haushaltseinkommen unter 2000 Euro monatlich sehen allerdings weniger die Benzinpreise als besorgniserregend an, sondern vielmehr die Kosten für Lebensmittel (siehe Grafik unten).

Neben der Preisentwicklung treiben die Baden-Württemberger vor allem soziale Themen um. Von der neuen Bundesregierung,



**BaWü-Check**

Die Zeitungen in Baden-Württemberg setzen ihre gemeinsame Umfragereihe fort. Heute geht es im BaWü-Check um das Meinungsklima im Land nach der Bundestagswahl. Die Bürger wurden vom 28. Oktober bis 8. November befragt.

die aller Voraussicht nach aus SPD, Grünen und FDP gebildet werden wird, erwarten sie zu 65 Prozent, dass sie die Renten sichert, für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt (58 Prozent) und das Gesundheitssystem stärkt (57 Prozent).

Der Umwelt- und Klimaschutz rangiert in der Prioritätenliste mit 55 Prozent auf Platz vier. Allerdings: Im Autoland Baden-Württemberg halten seine Bewohner am Verbrenner fest: 56 Prozent lehnen die Forderung ab, ab 2030 keine neuen Autos mit Diesel- oder Benzinmotoren mehr zuzulassen. Ein Viertel aber ist dafür. Interessant, aber logisch, aufgrund eines schlechteren Nahverkehrsangebots ist, dass besonders die Menschen auf dem Land (64 Prozent) diese Pläne ablehnen.

Aber selbst in den Großstädten sind 47 Prozent dagegen, die Mobilität so tiefgreifend zu verändern.

Bitter übrigens für die SPD: Selbst nach dem Sieg bei der Bundestagswahl kann sie im Südwesten nicht punkten. Nur 17 Prozent haben derzeit eine gute Meinung von der Landes-SPD. Aber auch die grün-schwarze Landesregierung bekommt einen Dämpfer. Nur noch 31 Prozent finden die Koalition um Ministerpräsident Kretschmann überzeugend, 41 Prozent wünschen sich inzwischen, dass in Baden-Württemberg ebenfalls Ampelkoalition regiert. Hier ist also doch ein Berlin-Effekt zu beobachten, denn im Juli 2021 hatten noch zehn Prozent weniger ein grün-rot-gelbes Bündnis bevorzugt.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann.  
Foto: Oliver Berg/dpa

41

Prozent der Baden-Württemberger möchten aktuell, dass Winfried Kretschmann die volle Amtszeit bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2026 Ministerpräsident von Baden-Württemberg bleibt. 35 Prozent würden befürworten, dass er das Amt vorher an einen Nachfolger abgibt. Bei einer Befragung im Juli 2021 sprachen sich noch 45 Prozent für eine volle Amtszeit aus.

53 %

der Baden-Württemberger erwarten für sich und ihre Familien große finanzielle Belastungen infolge der zu erwartenden **Klimaschutzmaßnahmen** in den nächsten Jahren. Insbesondere ist die Mehrheit nicht bereit, höhere Energiepreise zu bezahlen.

56 %

der Bürger im Land lehnen die Forderung ab, ab 2030 keine neuen **Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb** zuzulassen. 25 Prozent sind dafür. In den Dörfern ist die Ablehnung mit 64 Prozent wesentlich größer als in den Städten (47 Prozent).

53 %

möchten nicht, dass der Staat **neue Schulden** aufnimmt. Ein Viertel der Befragten aber meint, dass in bestimmten Bereichen mehr Geld ausgegeben werden sollte, auch wenn dafür die Schuldenbremse nicht eingehalten werden kann.

65 %

der befragten Baden-Württemberger halten es für die Hauptaufgabe der neuen Bundesregierung, die **Renten** zu sichern. 58 Prozent verlangen mehr bezahlbaren Wohnraum, 57 Prozent möchten, dass das Gesundheitssystem gestärkt wird.

76 %

der Baden-Württemberger, die über ein Einkommen unter 2000 Euro im Monat verfügen, sehen sich beim Kauf von Lebensmitteln derzeit stark belastet. Unabhängig vom Einkommen spüren 71 Prozent die **Preissteigerungen** vor allem beim Tanken.



**Ulrike Trampus**  
Chefredakteurin

Was vor der diesjährigen Landtagswahl begonnen wurde, geht nun weiter. Die Tageszeitungen in Baden-Württemberg beauftragen gemeinsam das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer Meinungsumfrage zu wichtigen Themen im Land. Die Ergebnisse werden in allen teilnehmenden Zeitungen zeitgleich veröffentlicht und zeichnen ein wichtiges Stimmungsbild im Südwesten. Heute ist es wieder soweit.

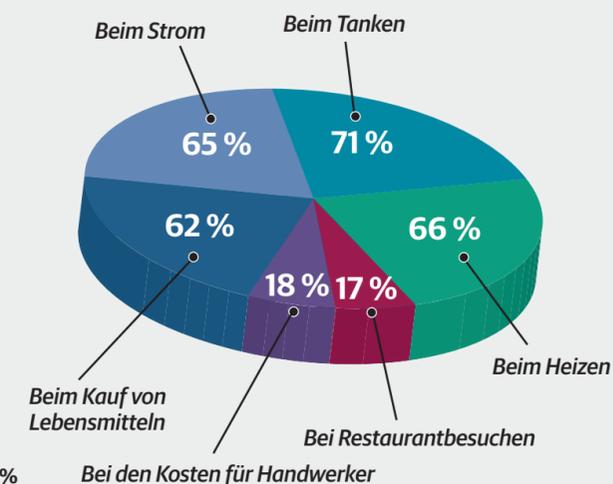
**Die politischen Prioritäten der Bürger nach der Bundestagswahl**

Frage: "Worum sollte sich die neue Bundesregierung besonders kümmern? Bei welchen Themen ist es Ihnen besonders wichtig, dass es da rasch Fortschritte gibt?"

- Die Renten sichern **65%**
- Für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen **58%**
- Das Gesundheitssystem stärken **57%**
- Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben **55%**
- Die Zuwanderung nach Deutschland regeln **43%**
- Bekämpfung von Kriminalität **43%**
- Für gute Schulen und Hochschulen sorgen **42%**
- Die Wirtschaft stärken, für Wirtschaftswachstum sorgen **41%**
- Die Digitalisierung vorantreiben **40%**
- Stärkere Förderung von Familien mit Kindern **38%**
- Das Schienen- und Straßennetz sanieren und ausbauen **30%**
- Dass die öffentliche Verwaltung leistungsfähiger und effizienter wird **29%**
- Die Staatsschulden begrenzen **26%**

**Preissteigerungen belasten**

Frage: "In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?"



Mehrfachnennungen möglich.  
Quelle: Allensbacher Archiv IFD-Umfrage 6164/I und IFD-Umfrage 6164/II. Grafik: LKZ/Michael Wurster

47 %

der Baden-Württemberger hätten sich einen anderen Ausgang der Bundestagswahl im September gewünscht. 36 Prozent zeigen sich mit dem Wahlergebnis, das wohl zu einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP führen wird, zufrieden.

31 %

sind mit der **grün-schwarzen Landesregierung** zufrieden. 41 Prozent hätten gerne auch hier eine Ampelkoalition (zehn Prozent) mehr als im Juli 2021.